

Dübendorf, 13. Oktober 2025

Medienmitteilung:

Massive Ausschreitungen an Pro-Palästina-Demonstrationen in Lausanne, Zürich und Bern – inkl. der leider üblichen antisemitischen Äusserungen, Sachbeschädigungen und Gewalt gegen die Polizei

Die EDU sagt: Der linke Pöbel muss bestraft werden

Vermummte Chaoten, welche unbewilligte Demonstrationen für Hass und Hetze und Straftaten missbrauchen, sollen bestraft werden. An Pro-Palästina-Demonstrationen in Lausanne, Zürich und Bern kam es zu massiven Ausschreitungen mit antisemitischen Äusserungen, Sachbeschädigungen und Gewalt gegen die Polizei.

Ein Verstoß gegen die Antirassismus-Strafnorm ist ein Officialdelikt und muss daher von Amtes wegen verfolgt werden. Wir fordern deshalb die zuständigen Justizbehörden auf, den jeweiligen Sachverhalt zu prüfen und gegen die Straftäter eine Strafverfolgung einzuleiten.

Die Politiker der linksgrün dominierten Städte werden aufgefordert, den Linksextremismus nachhaltig zu bekämpfen und die nötigen Massnahmen zu treffen, um künftige Ausschreitungen zu verhindern.

Die EDU verlangt, dass vermehrt die Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeiorganen gesucht wird, da die Städte überfordert sind, für ihre Sicherheit selbst ausreichend zu sorgen. Als Ultima Ratio ist notfalls auch die Schaffung einer Nationalgarde nach dem Vorbild der USA in Erwägung zu ziehen.

Kontaktperson:

Jan Leitz
stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich
Am Wasser 26
8600 Dübendorf
Telefon: 052 222 42 61
Mobil: 079 653 4862
E-Mail: jan.leitz@edu-zh.ch

Weitere Informationen: Die EDU setzt sich aus Christen verschiedener Bekenntnisse zusammen. Sie wurde 1975 gegründet und ist seit 1978 in kantonalen und kommunalen Behörden und von 1991 bis 2011 und erneut seit 2019 im Nationalrat vertreten. Die EDU versteht sich als unabhängige Partei mit bürgerlicher Ausrichtung, die sich der Wahrheit verpflichtet sieht. Sie finanziert sich durch Mitgliederbeiträge und Spenden.